

Inhalt

Seite	
1	Einladungen / Europawahlen
2 - 3	Wenn die Krise im Kopf steckt
4	Bürgerversicherung „Falschgeld“ von der PDS
5	EU-Verfassung
6	Termine

Einladung

zur nächsten

**PDS Mitgliederversammlung
am Mittwoch, 11. Februar
19.30 Uhr, Haus Kalthoff
Lenbachstr. 3**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch folgendes vor:

- 1. Europawahl (Referent ist Paul Schäfer)**
- 2. Bericht aus dem Kreisvorstand**
- 3. Bericht aus der Ratsgruppe**
- 4. Termine/ Verschiedenes**

alle Mitglieder und Sympathisanten sind zur PDS-Kreismitgliederversammlung eingeladen. Sie ist wie immer am zweiten Mittwoch im Monat, also diesmal am Mittwoch, 11. Februar, 19.30 Uhr in „Haus Kalthoff“, Lenbachstr. 3.

Europawahlen

Am 1. Februar 2004 fanden in Berlin die Wahlen der VertreterInnenversammlung zur Bundesliste für die Europawahlen statt.



Als Spitzenkandidatin wurde Sylvia-Yvonn Kaufmann gewählt.

Wahlergebnis:

- | | |
|---------------|-----------------------|
| Listenplatz 1 | Sylvia-Yvonn Kaufmann |
| Listenplatz 2 | Helmut Markov |
| Listenplatz 3 | Gabi Zimmer |
| Listenplatz 4 | Tobias Pflüger |
| Listenplatz 5 | Sahra Wagenknecht |
| Listenplatz 6 | André Brie |

Listenplatz 7 Felekna Uca
Listenplatz 8 Helmut Scholz

Bis Listenplatz 14 wurden in nachfolgender Reihenfolge gewählt:

Anja Laabs, Wenke Christoph, Juliane Nagel, Keith Barlow, Sepp Obermeier, Ilja Seifert.

Als ErsatzkandidatInnen wurden gewählt: Juliane Nagel, Jan Korte, Wenke Christoph, Felix Pithan, Anja Laabs, Sascha Wagner, Anna-Lena Orłowski, Yavuz fersoglu

Das mit großer Mehrheit beschlossene Europawahlprogramm positioniert die PDS als proeuropäische Partei, die in deutlicher Opposition zu den Plänen von EU-Kommission und Regierungen steht, die EU zum neoliberalen Wunderland und stark aufgerüsteten militärpolitischen Weltmachtfaktor zu machen. Dem setzt die PDS die Idee eines sozialen, friedlichen und demokratischen Europas entgegen.

- Bewahrung und solidarische Reform des europäischen Sozialstaatsmodells
- Europa als Initiator ziviler Konfliktprävention und -lösung mit einer Pflicht zur Abrüstung statt zur Aufrüstung und ohne das Streben nach weltweiten Waffengängen
- Umfassende Demokratisierung und Entbürokratisierung der europäischen Institutionen, was eine europaweite Volksabstimmung über eine Verfassung einschließt
- Die PDS wird ihre Ost-Kompetenz und die Erfahrungen der deutschen Einheit in die Gestaltung der EU-Osterweiterung ganz praktisch einbringen, um den politischen, kulturellen, intellektuellen Reichtum der Beitrittsländer für die EU fruchtbar zu machen.

Der **Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik** der Rosa-Luxemburg-

Stiftung hat sich eingehend mit dem Entwurf der EU-Verfassung befasst. Er rät allen demokratischen und friedensorientierten Abgeordneten sowie Parteien in der EU dringend dazu, ihr NEIN zur Militarisierung der EU deutlich zu machen und gegen diesen Entwurf zu stimmen.

„Insbesondere raten wir der PDS, die als einzige Partei klare Positionen für eine "Zivilmacht Europa" bezogen hat, an ihrer militärkritischen Haltung festzuhalten und im Bundestag sowie im EU-Parlament NEIN zum Verfassungsentwurf zu sagen. Die Vorstellungen der Parteien über die künftige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU sollten zu einem wichtigen Thema des Europawahlkampfes gemacht werden. „

Mehr auf Seite. 6

Einladung

zur übernächsten

**PDS Mitgliederversammlung
am Mittwoch, 10. März
19.30 Uhr, Haus Kalthoff
Lenbachstr. 3**

Ein wichtiger Tagesordnung am 10. März wird sein: **Abstimmung über**

Kreisverbands-Statuten

Der Essener Kreisverband hatte sich vor 3 Jahren ein eigenes Statut gegeben. Nun erkannten sowohl Landesschiedskommission als auch Bundesschiedskommission übereinstimmend, dass dieses Statut in wesentlichen Bestimmungen unrechtmäßig ist.

Insbesondere schränkt es in unzulässiger Weise Mitgliederrechte (Kandidaturen) ein. Wir sind daher aufgefordert das Statut zu ändern, was auch heißen kann, auf ein eigenes Statut wieder ganz zu verzichten. Dann gilt nämlich, wie zuvor, das Landesstatut, das alle wesentlichen Dinge regelt.

Darüber müssen wir abstimmen
Weitere Informationen und Beiträge folgen in Kürze im nächsten Rundbrief.

"Wenn die Krise im Kopf steckt... -

Über die Mythen der Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker"

Gegenüberstellungen der „Neoklassischen Antwort“ auf die Beschäftigungs-Krise und wirtschaftspolitische Gegenkonzepte der Linken.

Christoph v. Gersdorff berichtet von einem Vortrag, den Prof. Herbert Schui, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum) am 3.11.2003 an der Fachhochschule in Dortmund hielt:

Der Hörsaal in der Fachhochschule Dortmund war gut gefüllt - es waren eher 80 Besucher als 60- ich habe versäumt, sie zu zählen. Von der Altersstruktur her überwogen die Personen über 40 bei weitem die Studenten.

Kern des Vortrags:

Die Beschäftigungs- und Wachstumskrise in der BRD ist Ausdruck zu geringer Nachfrage. Die Unternehmer stellen ein Unterbeschäftigungssozialprodukt her, weil sie zu Recht glauben, ein Vollbeschäftigungsprodukt nicht absetzen zu können. Die tatsächliche Arbeitsmenge ist über die Arbeitsproduktivität mit dem tatsächlichen Sozialprodukt vermittelt: $A = P$ geteilt durch P/A .

Wenn man möchte, dass auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitsnachfragekurve (der Unternehmer) und die Arbeitsangebotskurve (der Arbeitnehmer) sich "weiter rechts" = bei einer höheren nachgefragten sowie angebotenen Arbeitsmenge schneiden, dann muss sich - aus neoklassischer Sicht!- die ArbeitsANGEBOTSkurve nach rechts verschieben. Unterstellt wird eine neoklassische Produktionsfunktion mit einem marginal sinkenden physischen Grenzprodukt bei jeweils zusätzlich eingesetzter Arbeitseinheit sowie die übliche Güternachfragekurve = sinkendes Wertgrenzprodukt.

Eine Rechtsverschiebung der Arbeitsangebotskurve drückt aus, dass zu einem Lohnsatz unterhalb des bisherigen Gleichgewichtslohnsatzes NUN Arbeitsstunden in gewünschter Menge angeboten werden. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn die 5 Millionen Arbeitslosen mit einem Lohnsatz von 5 Euro einverstanden wären, anstatt 15 Euro zu verlangen, wären sie sofort in Arbeit und Brot. Wie könnte die Wirklichkeit dieser neoklassischen Vision angenähert werden?

Neoklassische Antworten:

1. erzieherische Maßnahmen in Form einer zeitlichen und quantitativen Kürzung von Arbeitslosengeld sowie Sozialhilfe: Ein Arbeitslohnsatz von 5 Euro muss anfangen, in den Augen der hungrigen Ausgemusterten wie in goldenem Licht zu erstrahlen, als himmlischer Rettungsanker aus der Not.
2. Die Gewerkschaften als Lohnreiber und somit Kostentreiber Nr.1 müssen entmachtet werden. Der Flächentarifvertrag muss in seiner Verbindlichkeit sabotiert und in den Massenmedien als Wachstumshemmer denunziert werden.
3. Die Tarifautonomie muss unterminiert werden und durch Lohn(-senkungs-)Diktate seitens der Unternehmensleitungen in den einzelnen Betrieben ersetzt werden. Je schwächer und isolierter die einzelnen Belegschaften, desto wehrloser werden sie dem Lohndruck nach unten nachgeben müssen- bei Androhung alternativer Massenkündigungen.

Weitere wichtige Parameter der Senkung der Produktionskosten aus neoklassischer Sicht:

Herunterfahren der umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme zugunsten von individuellen kapitalgestützten Risikoversicherungen "Eigenverantwortung", Abbau des Selbstverständnisses der Gesellschaft als System mit einer gewichtigen sozialen Komponente, Dominanz des Mottos: Jeder für sich, Gott für uns alle.

In der nächsten Ausgabe:

wird Christoph über einen Vortrag von Ingo Elbe berichten, den dieser im Rahmen des Programms des Rosa Luxemburg Clubs in Dortmund im Literatur-Kaffeehaus Tarantababu am 27.11.2003 zum Thema **"Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft - Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx"** gehalten hatte. Ingo Elbe, Mitglied des Arbeitskreises rote-ruhr-uni, setzte sein eigenes revolutionäres Marx-Verständnis an die Stelle der bisher einhellig Marx zugeschriebenen Revolutionstheorie.

Jeder benutze seinen Ellenbogen im neoliberalen Überlebensdschungel, so gut er kann. Herunterfahren der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern, um so auch und vor allem die Steuerbelastung der Unternehmungen herunterfahren zu können. Aktuelle Einsparungsthemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern: staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Fortbildungsmaßnahmen, Förderung von Jugend, Kultur, Sport, Hochschulausbildung ohne Studiengebühren, Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung etc.

Soweit Herbert Schui's Darstellung der neoklassisch-neoliberalen Medikamentur der Beschäftigungs- und Wachstumskrise. Es folgt

das wirtschaftspolitische Gegenkonzept der Linken zur Lösung der Beschäftigungskrise:

Die neoklassische Sicht (s.o.) ist darauf fixiert, sich eine Verschiebung der tatsächlich nachgefragten Arbeitsmenge hin zur Vollbeschäftigungsarbeitsmenge ausschließlich über die Rechtsverschiebung der ArbeitsANGEBOTSkurve vor stellen zu können (s.o.).

Derselbe Effekt (=tatsächliche Nachfrage der Vollbeschäftigungsarbeitsmenge) würde aber modelltheoretisch auch durch Rechtsverschiebung der ArbeitsNACHFRAGEkurve erzielbar sein (oder natürlich durch simultane Rechtsverschiebung beider Kurven).

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen würden sich in einer Rechtsverschiebung der ArbeitsNACHFRAGEkurve auswirken?

(nach Maßgabe der oben eingeführten Produktionsfunktion sowie der von ihr abgeleiteten Arbeitsnachfragefunktion).

1. Umverteilung des Volkseinkommens von oben nach unten (wegen damit verbundener Erhöhung der marginalen Konsumquote sowie Senkung der Sparquote). (Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Gewinnsteuern, Stopfen von Steuerschlupflöchern etc.)

2. Erhöhung der Staatsausgaben (u.a. durch umverteilende Steuern wie oben). Begründung: Staatsausgaben gehen - abzüglich Schuldendienst der öffentlichen Hände- zu 100 % in "Staatskonsum" resp. öffentliche Investitionen ein, werden also ungleich nachfragewirksamer, als es die gleichen Geldbeträge in den monetären Spekulationsportefeuilles der Besitzenden wären.

3. Zusätzliche Staatsnachfrage bei gleich extensiver Ausdehnung der Staatsschulden (deficit spending). Diese Politik ist in der Vergangenheit von vielen Staaten mit Erfolg praktiziert worden (auch derzeit von den USA). Allerdings ist in der BRD ein Punkt erreicht, wo die Höhe der bisher angehäuften Staatsschulden mit der Folge ständiger erheblicher Tilgungs- und Zinsverpflichtungen der öffentlichen Hände dieses Instrument der Konjunkturbelebung strukturell als schon bis zur Grenze des Erträglichen ausgereizt erscheinen lassen. Auch hat die Wirtschaft es in den letzten 50 Jahren "gelernt", die zusätzliche kaufkräftige Nachfrage ohne zusätzliche Beschäftigung sowie Ausrüstungsinvestitionen mit den vorhandenen sachlichen sowie personellen Kapazitäten zu befriedigen und somit durch "Mitnahmeeffekte" -beschäftigungspolitisch neutral- verpuffen zu lassen. (heißt auf deutsch :mehr Gewinn, aber nicht mehr Arbeitsplätze) Resümee Herbert Schuis: Der neoklassisch-neoliberale Entwicklungspfad (=Weg zur Vollbeschäftigung durch Verbilligung der Produktion s.o.) wird die Beschäftigungslücke VERGRÖßERN STATT SIE ZU SCHLIESSEN.

Der nachfrageseitig ansetzende Entwicklungspfad ist volkswirtschaftlich plausibel und durchführbar (Realutopie), steht aber im Konflikt mit der herrschenden wirtschaftspolitischen Ideologie der neoklassisch neoliberalen Theoretiker sowie Unternehmensverbände (wirtschaftspolitische Lobbys) sowie der überwiegenden Mehrheit der Volksvertreter. Diese rechte

Ideologie bildet auch den beherrschenden mainstream in allen öffentlichen Massenmedien. Wie ließe sich diese machtpolitisch verrante Situation (volkswirtschaftlicher Sachverstand contra ideologisch verblendetes gesellschaftlich-politisches Machtkartell) zum Besseren wenden?

Herbert Schui: Durch AUFKLÄRUNG der breiten Wählermassen muss sich in der Bevölkerung das rationale, wissenschaftlich fundierte Weltbild wieder gegenüber dem magisch-mythisch-irrationalen Weltbild der Arbeitnehmerlebenskostenverringerer durchsetzen.

AUFKLÄRUNG tut not. Es droht zudem fast unausweichlich die perverse Interpretation des FEHLSCHLAGENS der neoklassisch neoliberalen Rezepte in Form immer weiter zunehmender Arbeitslosigkeit seitens der neoklassisch neoliberalen Ideologen und Meinungsmacher, dass man nur von der gepredigten Medizin (= RUNTER mit dem Lebensstandard und der Lebensqualität der Nichteigentümer an den Produktionsmitteln) noch nicht genügend appliziert habe. Also mehr davon!! "Je mehr Einkommenseinbußen ihr euch auferlegen lasst, desto besser geht es euch!"

Die Hoffnung der Linken muss es sein, dass der Krug nicht unendlich weiter bis zum Brunnen der Verelendung geht, bis er bricht, sondern dass der dialektische Prozess einsetzen wird: Wo das Vernichtende wächst, da wächst das Rettende auch.

Herbert Schui setzte an dem entscheidenden Punkt an: Er wies - in durchaus traditionell marxistischer Sichtweise - darauf hin, dass die zur Zeit wieder einmal bedrohliche gesellschaftspolitische Entwicklung zwar vielleicht naturwüchsig, aber auf keinen Fall naturgesetzlich Gestalt annimmt.

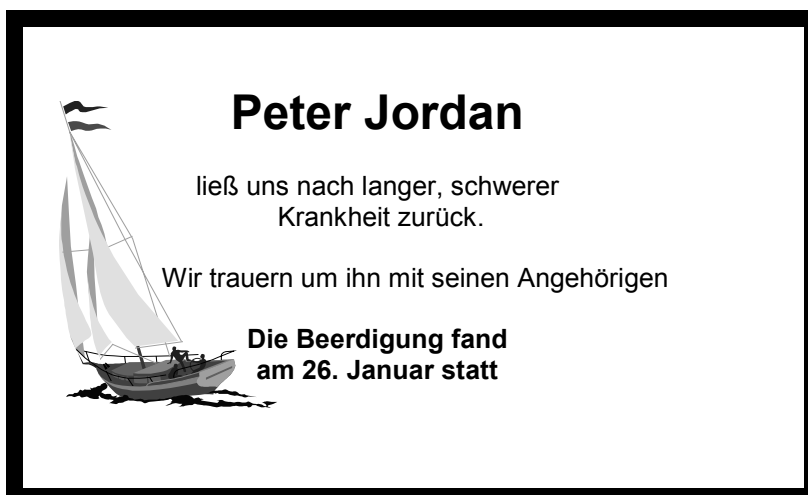
Es bleibt dabei, Geschichte machen weiterhin die Menschen, nicht die Verhältnisse.

Herbert Schui führte die Kategorie des geschichtlichen Subjekts -fast unmerklich- durch die Termini "kollektive Aktion" sowie "kollektive Lösung" in seinen Vortrag ein. Es wurde aus dem Kontext klar, dass damit auch und nicht zuletzt solche Selbstfindungsaktionen der Nichteigentümer wie am 1. November dieses Jahres in Berlin (100.000 Teilnehmer) gemeint waren.

Abschließendes Motto aus dem Duktus des sehr verdienstvollen Vortrags von Herbert Schui:

Die Montagsdemonstrationen (Leipzig bis zur Wende) sind vielleicht nicht tot. Das Volk kann nicht auf Dauer von seinem Selbstinteresse getrennt werden.!

Christoph v. Gersdorff



Bürgerversicherung - solidarisch und zukunftsfähig

Seit Jahren gibt es in Deutschland eine schlimme Situation. Die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), in der 90% der Bevölkerung versichert sind, gehen zurück. Damit gerät sie an die Grenze der Finanzierbarkeit der Ausgaben. Die Folge in den letzten Jahren war eine schrittweise Aufhebung der paritätischen Finanzierung der GKV zu Lasten der Versicherten. Mit der Agenda 2010 soll das zum Regierungsprogramm werden. So wird der Gesundheitsreform-Kompromiss zwischen Rot-Grün und CDU/CSU die einseitige Belastung der Versicherten u.a. durch private Versicherung des Zahnersatzes sowie des Krankengeldes weiter verschärfen. Die wirklichen Ursachen des Problems werden jedoch nicht beseitigt. Sie liegen nicht, wie oft und falsch benannt, in einer "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen. Seit Jahrzehnten ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nämlich weit gehend stabil geblieben. Die Ursachen unzureichender Einnahmen der GKV liegen vor allem

- im sinkenden Anteil der Löhne am Volkseinkommen und der Zunahme von Selbstständigkeit sowie von Kapital- und Vermögenseinkommen,
- in wachsender Massenarbeitslosigkeit in Verbindung mit zunehmender Armut und einer steigenden Zahl von Transferleistungsempfängern (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger), was ebenso eine Verringerung der beitragspflichtigen Einkommen wie die ständige Ausdehnung der Arbeit auf der Basis von Billigjobs nach sich zieht,
- in der seit über 20 Jahren ständig auseinandergehenden Kluft zwischen Arm und Reich und der gleichzeitigen Beibehaltung der Beitragsbemessungsgrenze, wodurch die relative Belastung kleinerer Einkommen über den Beitragssatz steigt und ein immer größerer Teil wohlhabender Gesellschaftsschichten von der Beteiligung an den Kosten des Gesundheitswesens ausgenommen wird,
- die fortwährende Entlastung der öffentlichen Haushalte zu Lasten der GKV, z. B. durch die gesamtgesellschaftlich zu tragenden sogenannten versicherungsfremden Leistungen und nicht ausgabendeckende Krankenversicherungsbeiträge für Empfänger von Sozialleistungen.

Darum fordert die PDS als eine solidarische und sozial gerechte Lösung die Bürgerversicherung. Sie ist eine Versicherung aller für alle, wobei als Bemessungs-

grundlage für den Beitrag das Gesamteinkommen jedes Einzelnen, bestehend aus allen sieben Einkunftsarten des Steuerrechts, also auch aus Unternehmensgewinnen, Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Kapitaleinkünften und Zinsen usw. herangezogen wird. Mit der damit eingeführten allgemeinen Versicherungspflicht entfällt die Versicherungspflichtgrenze. Die Beitragsbemessungsgrenze wird allmählich an und schließlich ganz aufgehoben. Private Gesundheitsversicherungen als Teilversicherungen für bestimmte zusätzliche Gesundheitsdienstleistungen sind möglich.

Die PDS entscheidet sich für die Bürgerversicherung, weil sie

- **dauerhafte Beitragssatzstabilität und Nachhaltigkeit sichert;**
- **Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität gewährleistet;**
- **die Möglichkeit einer erheblichen Senkung des Beitragssatzes eröffnet;**
- **sie in volkswirtschaftlich vernünftiger Weise den Faktor Arbeit wirksam entlastet;**
- **sie Generationengerechtigkeit sichert und familienfreundlich ist.**

Um das Modell der Bürgerversicherung in seiner gerechtesten Form in die Praxis umzusetzen, werden bei Beibehaltung der paritätischen Finanzierung die Arbeitgeberbeiträge künftig von den Lohnkosten abgekoppelt und in Form einer Wertschöpfungsabgabe gezahlt, die die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen besser widerspiegelt.

*Hans-Jürgen Schwartz
(Auszugsweise aus entsprechendem Artikel von Dr. Klaus Gebauer, Referent Soziale Sicherungssysteme beim Parteivorstand der PDS)*



„Falschgeld“ von der PDS

NRZ 16.1.2004

Während Zahnarzt Hans-Joachim Buschmann auf Druck der Kassenzahnärztlichen Vereinigung die Praxisgebühr nun doch kassiert, geht die PDS dagegen auf die Straße - am Samstag, 17. Januar, ab 10.30 Uhr in Höhe Burgplatz. Dort verteilt man (nachgedruckte) Zehn-Euro-Scheine, deren Rückseite die Forderungen der PDS zieren - was sie als Zahlungsmittel untauglich macht.

NRZ 16.1.2004

PDS verteilte am 17. Januar in der Innenstadt 10 € -Scheine ...

An einem Infostand auf der Kettwiger Strasse, Höhe Burgplatz, verteilte die PDS Essen am Samstag ab 10.30 Uhr 10 € -Scheine - keine "echten", aber mit den gesundheitspolitischen Forderungen der PDS auf der Rückseite.



Für eine friedensfähige EU-Verfassung

Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union

www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/verfassung-kritik.html

(Auszüge ...)

Mit dem Entwurf des EU-Konvents für eine Verfassung der Europäischen Union sind Fragen nach der grundlegenden Orientierung dieser sich herausbildenden politischen Union Europas neu aufgeworfen. Versteht sich die EU als "Insel der Prosperität", die es festungsmäßig abzuschirmen gilt? Oder will sie ernsthaft am Interessenausgleich zwischen den sog. Wohlstandsregionen, den sog. Schwelmländern und der an den Rand gedrängten Mehrheit der Weltbevölkerung in der "Peripherie" arbeiten? Oder aber ist die Ignoranz gegenüber der "Peripherie" Ausdruck neuer sozialer Kälte auch im Innern der EU-europäischen Gesellschaften? Will die EU als neuer militärischer Faktor in der Weltpolitik mit den USA bei der reibungsloseren Durchsetzung der kapitalistischen Globalisierung und der militärischen Ausschaltung von "Störfaktoren" (Terrorismus, Bürgerkriege, Auflösung von Staaten) wetteifern, oder setzt sie auf neue Modelle der friedlichen Konfliktursachenbewältigung und der globalen Entmilitarisierung?

Wir möchten die kritische Öffentlichkeit auffordern, sich in diese Debatte einzuschalten.

... Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Aussagen zur "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) nehmen schon quantitativ erheblichen Raum ein. Wichtiger ist jedoch, dass ihr eine zentrale Funktion im Prozess der Integration der EU der 25 zugewiesen wird, wie in den Abschnitten über Zuständigkeiten (bes. Art. I-11) bzw. allseitigen Verbindlichkeitscharakter (Art. I-15) deutlich wird. Mit der GASP wird eine grundlegende Weichenstellung für die EU als zukünftigem weltpolitischen Machtzentrum anvisiert.

Zwar gibt es auch verschiedentlich Verweise auf diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische und völkerrechtliche Maßnahmen und Instrumente, diese bleiben jedoch formal und im Wesentlichen auf Aspekte der Entscheidungsfindung und Abstimmung beschränkt. In deutlichem Kontrast dazu steht die "Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik": Die Regelungen des EU-Verfassungsentwurfs stellen eine entscheidende Weiterführung in diesem Politikbereich dar. Aspekte militärischer Rüstung und ihre Einsatzmodalitäten erhalten Verfassungsrang.

Wir sehen vor allem drei Gefahren, die durch die Annahme dieser Verfassung verschärft würden:

Krieg als Mittel der Politik wird weiter enttabuisiert, ja als ggf. unausweichliches Mittel zur Interessenwahrung des neu-formierten EU-Staatengefüges legitimiert.

Weitere Aufrüstung bzw. Rüstungsmodernisierung erhalten mit dieser EU-Verfassung für alle EU-Mitgliedstaaten Verfassungsrang.

Die Versuchung, regionale oder lokale Krisen eigenmächtig militärinterventionistisch zu lösen, wird zunehmen und damit weltweit neue Rüstungsdynamiken provozieren.

Wir vertreten im Gegensatz dazu die Auffassung, dass die Potenziale der Europäischen Union für die Zivilisierung und Entmilitarisierung der Internationalen Beziehungen, für eine nachhaltige Entwicklung in globalem Maßstab genutzt und entwickelt werden sollten.

Daher lehnen wir den vorliegenden Verfassungsentwurf aus friedenspolitischen Erwägungen ab. Wir raten den demokratischen und friedensorientierten Abgeordneten sowie Parteien in der EU dringend dazu, ihr NEIN zur Militarisierung der Europäischen Union deutlich zu machen.

...

Aufrüstungsverpflichtung

Der Verfassungsentwurf ist einmalig im friedens- bzw. militärpolitischen Bereich. "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (I-40). Indem diese Formulierung Verfassungsrang erhalten soll, stellt sie eine explizite Verpflichtung zu Aufrüstung bzw. Rüstungsmodernisie-

rung dar. Dieser Verpflichtungserklärung soll Nachdruck verliehen werden, indem ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" eingeführt wird, dessen Aufgabe es ist, "bei der Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und der Bewertung der Erfüllung der von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen mitzuwirken", "die Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie zu unterstützen" und dazu beizutragen, dass "zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors und für einen gezielteren Einsatz der Verteidigungsausgaben ermittelt werden, und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen" (I-40, III-212).

Festschreibung von Kampfeinsätzen (auch in Drittstaaten) in der Verfassung

Einmalig ist, dass die Bereitschaft zu weltweiten Militäreinsätzen gleichfalls in Verfassungsrang erhoben werden soll. EU-Streitkräfte sollen zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen" eingesetzt werden können. Weiter heißt es: "Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet". (III-210) Das Beschwören einer diffusen Terrorismusgefahr wird auch in Europa zu einer allgegenwärtigen Rechtfertigungsformel für globale Militärinterventionen gemacht. Mit einer territorialen Verteidigungsoption, die Rüstung auf entschieden niedrigerem Niveau einschließen würde, haben diese Bestimmungen nichts zu tun. Es geht ausschließlich um Militärinterventionen - ohne geographische Einschränkungen.

...

Keine Parlamentsbeteiligung bei Militäreinsätzen

Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat (I-40, III-210, III-211), so regelt das Artikel 40 Absatz 4 des EU-Verfassungsentwurfs. Ähnlich noch einmal in Artikel III-198, Absatz 1: "Verlangt eine internationale Situation ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Europäischen Beschlüsse." Eine Beteiligung

des EU-Parlaments ist also von vornherein nicht vorgesehen. In Absatz 8 des Artikels 40 wird lediglich geregelt, dass das EU-Parlament zu "wichtigsten Aspekten" regelmäßig anzuhören sei und über die Entwicklung der "grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik... auf dem Laufenden gehalten" (I-40, III-205) werden soll. Artikel 205 Absatz 1 präzisiert diese Informationspflicht. In Absatz 2 heißt es dann: "Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Ministerrat und den Außenminister der Union richten." (I-40, III-205) Aber: ein Informationsrecht ist kein Beschlussrecht. Das nicht vorhandene Kontrollrecht des EU-Parlaments verstößt gegen Grundsätze von Gewaltenteilung und parlamentarischer Demokratie.

Das hat auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik:

Nach Art. 26 des Grundgesetzes (GG) sind alle Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, verfassungswidrig und nach § 80 StGB unter Strafe gestellt. Da jede nicht von den Ausnahmetatbeständen der UNO-Satzung (Art. 51 und Art. 39-42) gedeckte militärische Aggressionshandlung den Tatbestand des Angriffskrieges erfüllt, enthält die Verfassungsnorm ein Verdikt gegen die militärische "Lösung" internationaler Streitfragen. Ergänzt wird Art. 26 durch Art. 87 a GG, der den Einsatz der Bundeswehr auf die Verteidigung beschränkt. Zwar verweist der EU-Verfassungsentwurf bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die "Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen" (I-40, Abs. 1), aber andererseits wird der rechtliche Rahmen für mögliche EU-Kampfeinsätze ausgeweitet und ein "Präventivkrieg" in die Konzeption einbezogen. Ein "Präventivkrieg" ist jedoch nach dem Völkerrecht auf der Basis der UN-Charta völkerrechtswidrig. Insofern eröffnet der Entwurf die Möglichkeit, Art. 26 GG weiter aufzuweichen. 1992 reichte die SPD-Fraktion im Bundestag eine Klage gegen Out-of-Area Einsätze der Bundeswehr beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie kritisierte insbesondere die "systematische Ausschaltung des Parlaments bei grundlegenden Neugestaltung der sicherheitspolitischen Beziehungen". Aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben verfügte das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994 verbindlich, dass über Auslandseinsätze der Bundeswehr der Bundestag mit einfacher Mehrheit entscheidet. Damit

sollte der demokratischen Balance zwischen Exekutive und Legislative Rechnung getragen werden. Gemäß Art. I-10 des Entwurfs der EU-Verfassung besitzt jedoch "das von den Organen der Union in Ausübung der ihnen zugewiesenen Zuständigkeiten gesetzte Recht... Vorrang vor dem Recht der Mitgliedsstaaten". Damit entscheidet bei Annahme dieser EU-Verfassung über Krieg und Frieden der Ministerrat. Und was geschieht dann mit der Zustimmungspflicht des Bundestages?

Politische Schlussfolgerungen

Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich eingehend mit dem Entwurf der EU-Verfassung befasst. Wir raten allen demokratischen und friedensorientierten Abgeordneten sowie Parteien in der EU dringend dazu, ihr NEIN zur Militarisierung der EU deutlich zu machen und gegen diesen Entwurf zu stimmen. Insbesondere raten wir der PDS, die als einzige Partei klare Positionen für eine "Zivilmacht Europa" bezogen hat, an ihrer militärkritischen Haltung festzuhalten und im Bundestag sowie im EU-Parlament NEIN zum Verfassungsentwurf zu sagen. Die Vorstellungen der Parteien über die künftige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU sollten zu einem wichtigen Thema des Europawahlkampfes gemacht werden.

Wir appellieren an alle friedenspolitisch Engagierten, ihre Kritik an der EU-Verfassung offensiv in die öffentliche Diskussion einzubringen. Berlin, den 9. Oktober 2003

Dr. Michael Berndt
Dr. Erhard Crome
Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski
Ingrid el Masry
Prof. Dr. John Neelsen
Tobias Pflüger
Prof. Dr. Rainer Rilling
Prof. Dr. Werner Ruf
Paul Schäfer
Dr. Lutz Schrader
Dr. Peter Strutynski
Dr. Dietmar Wittich

Terminkalender

Mittwoch, 4. Februar
Forum linke Kommunalpolitik
Die Linke und die Kommunalwahl 2004 – Essen braucht die PDS Offene Liste
19:30 Uhr Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Donnerstag, 5. Februar
„Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus“
19:00 Uhr; Maxstr. 11

Samstag, 7. Samstag
Friedensforum – Infostand in der Innenstadt

Montag, 9. Februar
PDS-Ratsgruppe
18:30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 11. Februar
PDS Mitgliederversammlung
19:30 Uhr, Haus Kalthoff Lenbachstr. 3

Montag, 16. Februar
PDS-Ratsgruppe
18:30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 18. Februar
Bündnis soziale Bewegung
17:00 Uhr, DGB-Haus Schützenbahn 11-13

Montag, 1. März
Harz-Gesetze machen arm (mit Helga Spindler)

Mittwoch, 10. März
PDS Mitgliederversammlung
19:30 Uhr, Haus Kalthoff Lenbachstr. 3
Abstimmung über Kreisverbands-Statuten

Impressum: Der Rundbrief ist die Zeitung der PDS Essen für Mitglieder & SympathisantenInnen. Herausgeber ist der Kreisvorstand der PDS Essen. Verantwortliche RedakteurInnen für diese Ausgabe: Birgit Lüdtker-Jordan, Wolfgang Freye, Olaf Swillus, Hans-Jürgen Schwartz und Dirk Overhoff.

Es ist ausdrücklich erwünscht, dass Artikel, die in diesen Rundbrief erscheinen, mit Quellenangabe verwendet werden. Falls Ihr Sachen aus dem Rundbrief verwenden wollt, würden wir uns über eine Rückmeldung sehr freuen. (bei namentlich gekennzeichneten Artikeln auch die Autoren.)
Kontakt: PDS-Kreisverband Essen,
An St.Marien 1, 45141 Essen.
Tel: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906,
eMail: rundbrief@sozialisten-essen.de,
Internet: www.sozialisten-essen.de